

30. April 2022 03:00

Interview von Außenminister Sergej Lawrow mit der Nachrichtenagentur Xinhua (China),
30. April 2022

Frage: Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für die Krise in der Ukraine? Was kann die internationale Gemeinschaft tun, um dieses Problem zu lösen?

Sergej Lawrow: Wenn wir über die ukrainische Krise sprechen, müssen wir zuallererst die zerstörerische Politik der westlichen Staaten betrachten, die über viele Jahre hinweg betrieben wurde und von den Vereinigten Staaten angeführt wurde, die einen Kurs einschlugen, um nach dem Ende des Kalten Krieges eine unipolare Weltordnung zusammenzuschustern. Die rücksichtslose Osterweiterung der NATO war ein Schlüsselement dieser Maßnahmen, trotz der politischen Verpflichtungen gegenüber der sowjetischen Führung, das Bündnis nicht zu erweitern. Wie Sie wissen, waren diese Versprechen nur leere Worte. In all den Jahren ist die NATO-Infrastruktur immer näher an die russischen Grenzen herangerückt.

Der Westen hat sich nie Gedanken darüber gemacht, dass er mit seinem Vorgehen in grober Weise gegen seine internationalen Verpflichtungen verstößt, seine eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken. Insbesondere lehnten Washington und Brüssel in arroganter Weise die Initiativen ab, die Russland im Dezember 2021 vorschlug, um die Sicherheitsgarantien unseres Landes im Westen zu gewährleisten: die Erweiterung der NATO zu stoppen, keine Rüstungsgüter zu stationieren, die eine Bedrohung für Russland in der Ukraine darstellen, und die militärische Infrastruktur des Bündnisses auf den Stand von 1997 zurückzuführen, als die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet wurde.

Es ist bekannt, dass die Vereinigten Staaten und die NATO-Mitgliedstaaten die Ukraine immer als ein Instrument zur Eindämmung Russlands betrachtet haben. Im Laufe der Jahre haben sie dort aktiv russlandfeindliche Stimmungen geschürt und Kiew vor eine künstliche und falsche Wahl gestellt: entweder mit dem Westen oder mit Moskau zusammenzuarbeiten.

Es war der kollektive Westen, der den verfassungsfeindlichen Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 erst provoziert und dann unterstützt hat. Nationalisten kamen in der Ukraine an die Macht und entfachten sofort ein blutiges Massaker im Donbass und stellten die Weichen für die Zerstörung von allem, was russisch ist, im Rest des Landes. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Bevölkerung der Krim genau wegen dieser Bedrohung 2014 in einem Referendum für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hat.

In den vergangenen Jahren haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nichts getan, um den innerukrainischen Konflikt zu beenden. Anstatt Kiew zu ermutigen, den Konflikt auf der Grundlage des Minsker Maßnahmenkomplexes politisch zu lösen, haben sie Waffen geliefert, die ukrainische Armee und nationalistische Bataillone ausgebildet und bewaffnet und ganz allgemein die militärisch-politische Entwicklung des ukrainischen Territoriums vorangetrieben. Sie unterstützten den aggressiven Anti-Russland-Kurs der Kiewer Behörden. Sie drängten die ukrainischen Nationalisten dazu, den Verhandlungsprozess zu untergraben und die Donbass-Frage mit Gewalt zu lösen. Wir waren zutiefst besorgt über die nicht deklarierten biologischen Programme, die in der Ukraine mit Unterstützung des Pentagons in unmittelbarer Nähe zu den russischen Grenzen durchgeführt wurden. Und natürlich konnten wir die unverhohlenen Absichten der Kiewer Führung, sich ein militärisches Nuklearpotenzial anzueignen, nicht außer Acht lassen, was eine unannehmbare Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands darstellen würde.

Unter diesen Umständen hatten wir keine andere Wahl, als die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen und die militärische Sonderoperation einzuleiten. Ihr Ziel ist es, die Menschen vor dem Völkermord durch die Neonazis zu schützen sowie die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren. Ich möchte betonen, dass Russland seinen Verpflichtungen aus den bilateralen

Abkommen über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit der DVR und der LPR nachkommt, und zwar auf offiziellen Antrag von Donezk und Lugansk gemäß Artikel 51 der UN-Charta über das Recht auf Selbstverteidigung.

Die am 24. Februar eingeleitete militärische Sonderoperation verläuft streng nach Plan. Alle Ziele werden trotz der Gegenmaßnahmen unserer Gegner erreicht werden. Im Moment erleben wir einen klassischen Fall von Doppelmoral und Heuchelei des westlichen Establishments. Indem sie das Kiewer Regime öffentlich unterstützen, tun die NATO-Mitgliedstaaten alles in ihrer Macht Stehende, um den Abschluss der Operation durch politische Vereinbarungen zu verhindern. Über Polen und andere NATO-Länder fließen unaufhörlich verschiedene Waffen in die Ukraine. All dies geschieht unter dem Vorwand, "die Invasion zu bekämpfen", aber in Wirklichkeit beabsichtigen die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, Russland "bis zum letzten Ukrainer" zu bekämpfen. Das Schicksal der Ukraine als unabhängiges Subjekt der internationalen Beziehungen ist ihnen völlig gleichgültig.

Der Westen ist bereit, die Energie- und Ernährungssicherheit ganzer Regionen der Welt zu gefährden, um seine eigenen geopolitischen Ambitionen zu befriedigen. Wie sonst ließe sich das ungebremste Schwungrad antirussischer Sanktionen erklären, das der Westen mit Beginn der Operation in Gang gesetzt hat und das er nicht zu stoppen gedenkt?

Wenn die Vereinigten Staaten und die NATO wirklich an einer Beilegung der Ukraine-Krise interessiert sind, dann müssen sie zunächst zur Vernunft kommen und die Lieferung von Waffen und Munition an Kiew einstellen. Das ukrainische Volk braucht keine Stingers und Javelins; was es braucht, ist eine Lösung für dringende humanitäre Probleme. Russland tut dies bereits seit 2014. In dieser Zeit wurden Zehntausende Tonnen humanitärer Güter in den Donbass geliefert, und seit Beginn der militärischen Sonderoperation sind bereits rund 15.000 Tonnen humanitäre Hilfe in dem vom Kiewer Regime befreiten Teil der Ukraine, der DVR und der LPR, eingetroffen.

Zweitens ist es wichtig, dass das Kiewer Regime seine zynischen Provokationen einstellt, auch im Informationsraum. Die ukrainischen bewaffneten Verbände beschießen auf barbarische Weise Städte und benutzen Zivilisten als lebende Schutzschilde. Beispiele dafür haben wir in Donezk und Kramatorsk gesehen. Gefangene russische Soldaten werden mit bestialisch misshandelt, und diese Gräueltaten werden ins Internet gestellt. Gleichzeitig nutzen sie ihre westlichen Gönner und die vom Westen kontrollierten globalen Medien, um die russische Armee der Kriegsverbrechen zu beschuldigen. Wie man so schön sagt: Die Schuld liegt bei den anderen.

Es ist höchste Zeit, dass der Westen aufhört, Kiew bedingungslos zu beschönigen und zu decken. Andernfalls sollten sich Washington, Brüssel und andere westliche Hauptstädte ihrer Verantwortung für die Mitschuld an den von den ukrainischen Nationalisten begangenen blutigen Verbrechen stellen.

Frage: Welche Maßnahmen hat Russland ergriffen, um das Leben und das Eigentum der Zivilbevölkerung zu schützen? Welche Anstrengungen hat es unternommen, um humanitäre Korridore einzurichten?

Sergej Lawrow: Wie ich bereits erwähnt habe, verläuft die militärische Sonderoperation nach Plan. Im Rahmen dieses Plans tun die russischen Militärangehörigen alles, was in ihrer Macht steht, um Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Es werden Schläge mit Präzisionswaffen ausgeführt, vor allem auf militärische Infrastruktureinrichtungen und Orte, an denen gepanzerte Fahrzeuge konzentriert sind. Im Gegensatz zur ukrainischen Armee und zu nationalistischen bewaffneten Gruppen, die Menschen als lebende Schutzschilde benutzen, bietet die russische Armee den Einheimischen jede Art von Hilfe und Unterstützung an.

Täglich werden humanitäre Korridore von Charkow und Mariupol aus geöffnet, um die Menschen aus den gefährlichen Gebieten zu evakuieren, aber das Kiewer Regime verlangt, dass die "nationalen Bataillone", die diese Gebiete kontrollieren, die Zivilisten nicht freilassen. Dennoch gelingt es vielen, mit Hilfe von russischen, DVR- und LPR-Soldaten das Gebiet zu verlassen. Während der speziellen Militäroperation gingen bei der Hotline der ressortübergreifenden Koordinierungsstelle der Russischen

Föderation für humanitäre Hilfe in der Ukraine Hilfsanfragen für die Evakuierung von 2,8 Millionen Menschen nach Russland ein, darunter 16.000 ausländische Bürger und Mitarbeiter internationaler UN- und OSZE-Missionen. Insgesamt wurden 1,02 Millionen Menschen aus der Ukraine, der DVR und der LPR evakuiert, darunter über 120.000 Bürger aus Drittländern, darunter über 300 chinesische Staatsangehörige. In den russischen Regionen gibt es über 9.500 Notunterkünfte. Sie bieten Platz zum Ausruhen, warme Mahlzeiten und alles, was notwendig sein könnte. Neu angekommene Flüchtlinge erhalten qualifizierte medizinische und psychologische Hilfe.

Russland ergreift Maßnahmen, um die zivile Schifffahrt im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer zu gewährleisten. Täglich wird ein humanitärer Korridor geöffnet, eine sichere Fahrspur für Schiffe. Die Ukraine blockiert jedoch weiterhin ausländische Schiffe und droht mit Beschuss in ihren inneren Gewässern und Hoheitsgewässern. Außerdem haben ukrainische Marineeinheiten die Küste, die Häfen und die Hoheitsgewässer vermint. Diese Sprengsätze lösen sich von ihren Verankerungen und treiben ins offene Meer, so dass sie eine ernste Gefahr sowohl für die Flotten als auch für die Hafeninfrastruktur der Schwarzmeerländer darstellen.

Frage: Seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine haben die westlichen Länder eine große Zahl noch nie dagewesener Sanktionen gegen Moskau verhängt. Wie werden sich diese Sanktionen Ihrer Meinung nach auf Russland auswirken? Was sind die wichtigsten Gegenmaßnahmen Russlands? Manche sagen, dass ein neuer Kalter Krieg begonnen hat. Wie würden Sie das kommentieren?

Sergej Lawrow: Es stimmt, dass die spezielle Militäroperation vom kollektiven Westen als Vorwand benutzt wurde, um zahlreiche Restriktionen gegen Russland sowie seine juristischen und natürlichen Personen zu verhängen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada und die EU-Länder machen keinen Hehl daraus, dass es ihr Ziel ist, unsere Wirtschaft zu strangulieren, indem sie ihre Wettbewerbsfähigkeit untergraben und die fortschreitende Entwicklung Russlands blockieren. Gleichzeitig ist es den herrschenden Kreisen des Westens nicht peinlich, dass die antirussischen Sanktionen bereits beginnen, den einfachen Menschen in ihren eigenen Ländern zu schaden. Ich meine damit die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten und vielen europäischen Ländern, einschließlich der steigenden Inflation und Arbeitslosigkeit. Es ist klar, dass es für diese antirussische Linie keine Entschuldigung geben kann und dass sie keine Zukunft hat. Wie Präsident Wladimir Putin sagte, hat Russland diesem noch nie dagewesenen Druck standgehalten. Jetzt stabilisiert sich die Lage, auch wenn natürlich noch nicht alle Risiken überwunden sind.

Auf jeden Fall wird es ihnen nicht gelingen, uns zu schwächen. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Wirtschaft umstrukturieren und uns in Zukunft vor möglichen illegitimen und feindlichen Aktionen unserer Gegner schützen werden. Wir werden auch weiterhin angemessen auf die auferlegten Beschränkungen reagieren und uns dabei von dem Ziel leiten lassen, die Stabilität der russischen Wirtschaft und des Finanzsystems sowie die Interessen der einheimischen Unternehmen und der gesamten Nation zu wahren. Wir werden unsere Bemühungen auf die Entdollarisierung, die De-Offshorisierung, die Importsubstitution und die Förderung der technologischen Unabhängigkeit konzentrieren. Wir werden uns weiterhin an die externen Herausforderungen anpassen und die Entwicklungsprogramme für vielversprechende und wettbewerbsfähige Industrien intensivieren. In der Zeit der Turbulenzen werden wir unsere wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen, die zur Gewährleistung des normalen Funktionierens der russischen Wirtschaft erforderlich sind, fortsetzen und ausweiten. Als verantwortungsbewusster Akteur auf dem internationalen Markt beabsichtigt Russland, seine Verpflichtungen aus internationalen Verträgen über die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Düngemitteln, Energieträgern und anderen wichtigen Produkten weiterhin gewissenhaft zu erfüllen. Wir sind zutiefst besorgt über eine mögliche Nahrungsmittelkrise, die durch die antirussischen Sanktionen ausgelöst werden könnte, und wir wissen sehr wohl, wie wichtig die Lieferung von lebenswichtigen Gütern wie Nahrungsmitteln für die sozioökonomische Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und des Nahen Ostens ist.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage betrifft, so möchte ich mich kurz fassen. Heute geht es nicht um einen neuen "Kalten Krieg", sondern, wie ich bereits sagte, um das anhaltende Bestreben Washingtons und seiner Satelliten, die sich als "Schiedsrichter über das Schicksal der Menschheit"

sehen, ein US-zentriertes Modell der Weltordnung durchzusetzen. Es ist so weit gekommen, dass die westliche Minderheit versucht, die UN-zentrierte Architektur und das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Recht durch ihre eigene "regelbasierte Ordnung" zu ersetzen. Diese Regeln werden von Washington und seinen Verbündeten aufgestellt und dann der internationalen Gemeinschaft als verbindlich aufgezwungen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Vereinigten Staaten diese zerstörerische Politik nun schon seit mehreren Jahrzehnten betreiben. Erinnern wir uns nur an die NATO-Aggression gegen Jugoslawien, die Angriffe auf den Irak und Libyen, die Versuche, Syrien zu zerstören, sowie die farbigen Revolutionen, die die westlichen Hauptstädte in einer Reihe von Ländern, einschließlich der Ukraine, inszeniert haben. All dies kostete Hunderttausende von Menschenleben und führte zu Chaos in verschiedenen Regionen der Welt.

Der Westen versucht, diejenigen, die einen unabhängigen Kurs in ihrer Innen- und Außenpolitik verfolgen, grob zu unterdrücken. Nicht nur Russland. Wir können sehen, wie das Blockdenken in der asiatisch-pazifischen Region durchgesetzt wird. Erinnern wir uns an die von den Vereinigten Staaten geförderte Indo-Pazifik-Strategie, die eine ausgeprägte Anti-China-Tendenz aufweist. Die USA versuchen, im Geiste der überholten Monroe-Doktrin die Normen zu diktieren, nach denen Lateinamerika leben soll. Dies erklärt das jahrelange illegale Handelsembargo gegen Kuba, die Sanktionen gegen Venezuela sowie die Versuche, die Stabilität in Nicaragua und anderen Ländern zu untergraben. Der Druck auf Belarus wird in diesem Zusammenhang fortgesetzt. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Es ist klar, dass die Bemühungen des kollektiven Westens, sich dem natürlichen Lauf der Geschichte zu widersetzen und seine Probleme auf Kosten anderer zu lösen, zum Scheitern verurteilt sind. Die Welt hat heute mehrere Entscheidungszentren; sie ist multipolar. Wir können sehen, wie schnell sich die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas entwickeln. Alle bekommen eine echte Wahlfreiheit, auch was die Wahl ihrer Entwicklungsmodelle und die Teilnahme an Integrationsprojekten angeht. Unsere spezielle Militäroperation in der Ukraine trägt auch dazu bei, die Welt von der neokolonialen Unterdrückung des Westens zu befreien, die stark mit Rassismus und einem Komplex des Exzeptionalismus vermischt ist.

Je schneller der Westen die neue geopolitische Lage akzeptiert, desto besser wird es für ihn selbst und für die gesamte internationale Gemeinschaft sein.

Wie Präsident Xi Jinping auf dem Boao-Forum für Asien sagte: "Wir müssen das Prinzip der unteilbaren Sicherheit aufrechterhalten, eine ausgewogene, effektive und nachhaltige Sicherheitsarchitektur aufbauen und uns dem Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer widersetzen."

Frage: Die russisch-ukrainischen Gespräche haben die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich gezogen. Was sind die Haupthindernisse für die heutigen Gespräche? Wie schätzen Sie die Aussichten auf einen Friedensvertrag zwischen den beiden Parteien ein? Welche Art von bilateralen Beziehungen beabsichtigt Russland mit der Ukraine in Zukunft zu unterhalten?

Sergej Lawrow: Zurzeit diskutieren die russische und die ukrainische Delegation fast täglich per Videokonferenz über den möglichen Entwurf. Dieses Dokument soll Elemente der Post-Konflikt-Situation wie dauerhafte Neutralität, den nicht-nuklearen, nicht-blockfreien und entmilitarisierten Status der Ukraine sowie Garantien für ihre Sicherheit enthalten. Auf der Tagesordnung der Gespräche stehen unter anderem auch die Entnazifizierung, die Anerkennung der neuen geopolitischen Realität, die Aufhebung der Sanktionen und der Status der russischen Sprache. Die Beilegung der Situation in der Ukraine wird einen wichtigen Beitrag zur Deeskalation der militärischen und politischen Spannungen in Europa und der Welt im Allgemeinen leisten. Als eine mögliche Option wird die Einrichtung einer Institution von Garantiestaaten ins Auge gefasst. In erster Linie wird es sich dabei um die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats handeln, einschließlich Russland und China. Wir tauschen uns mit chinesischen Diplomaten über die Fortschritte in den Gesprächen aus. Wir sind Peking und den anderen BRICS-Partnern für ihre ausgewogene Haltung in der Ukraine-Frage dankbar.

Wir sind für die Fortsetzung der Gespräche, auch wenn der Prozess schwierig ist. Sie haben Recht, wenn Sie nach den Hindernissen fragen. Dazu gehören zum Beispiel die militante Rhetorik und die aufrührerischen Aktionen der westlichen Schirmherren Kiews. Sie ermutigen Kiew tatsächlich, "bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen", indem sie das Land mit Waffen vollpumpen und Söldner dorthin schicken. Ich möchte darauf hinweisen, dass die ukrainischen Sicherheitsdienste mit Hilfe des Westens eine grobe blutige Provokation in Butscha inszeniert haben, um unter anderem den Verhandlungsprozess zu erschweren.

Ich bin zuversichtlich, dass es nur dann zu Vereinbarungen kommen kann, wenn Kiew beginnt, sich von den Interessen des ukrainischen Volkes leiten zu lassen, und nicht von den Beratern aus der Ferne.

Was die russisch-ukrainischen Beziehungen angeht, so ist Russland an einer friedlichen, freien, neutralen, wohlhabenden und freundlichen Ukraine interessiert. Trotz des antirussischen Kurses der gegenwärtigen Regierung erinnern wir uns an die vielen Jahrhunderte umfassender kultureller, geistiger, wirtschaftlicher und familiärer Bindungen zwischen Russen und Ukrainern. Wir werden diese Bindungen auf jeden Fall wiederherstellen.

Ende der maschin. Übersetzung mit DeepL

+++

https://www.mid.ru/en/foreign_policy/news/1811525/

30 April 2022 03:00

Foreign Minister Sergey Lavrov's interview with the Xinhua News Agency (China), April 30, 2022

Question: What do you think is at the root of the Ukrainian crisis? What can the international community do to solve this problem?

Sergey Lavrov: When we talk about the Ukrainian crisis, first of all we need to look at the destructive policy of the Western states conducted over many years and led by the United States, which set a course to knock together a unipolar world order after the end of the Cold War. NATO's reckless expansion to the East was a key component of those actions, despite the political obligations to the Soviet leadership on the non-expansion of the Alliance. As you know, those promises were just empty words. All these years, NATO infrastructure has been moving closer and closer to the Russian borders.

The West was never concerned about the fact that their actions grossly violated their international obligations not to strengthen their own security at the expense of the security of others. In particular, Washington and Brussels arrogantly rejected the initiatives put forward by Russia in December 2021 to ensure our country's security guarantees in the west: to stop the expansion of NATO, not to deploy armaments that pose a threat to Russia in Ukraine and to return the Alliance's military infrastructure to the 1997 configuration, when the NATO-Russia Founding Act was signed.

It is well-known that the United States and NATO member states have always viewed Ukraine as a tool to contain Russia. Over the years, they have actively fuelled anti-Russia sentiments there, forcing Kiev to make an artificial and false choice: to be either with the West or with Moscow.

It was the collective West that first provoked and then supported the anti-constitutional coup d'état in Kiev in February 2014. Nationalists came to power in Ukraine and immediately unleashed a bloody massacre in Donbass, and set the course on the destruction of everything Russian in the rest of the country. Let me remind you that it was precisely because of this threat that the people of Crimea voted in a referendum for the reunification with Russia in 2014.

Over these past years, the United States and its allies have done nothing to stop the intra-Ukrainian conflict. Instead of encouraging Kiev to settle it politically based on the Minsk Complex of Measures, they sent weapons, trained and armed the Ukrainian army and nationalist battalions, and generally carried out the military-political development of Ukraine's territory. They encouraged the aggressive anti-Russia course pursued by the Kiev authorities. In fact, they pushed the Ukrainian nationalists to undermine the negotiating process and resolve the Donbass issue by force.

We were deeply concerned about the undeclared biological programmes implemented in Ukraine with Pentagon's support in close proximity to the Russian borders. And, of course, we could not disregard the Kiev leadership's undisguised intentions to acquire a military nuclear potential, which would create an unacceptable threat to Russia's national security.

In these conditions, we had no other choice but to recognise the Donetsk and Lugansk people's republics and launch the special military operation. Its aim is to protect people from genocide by the neo-Nazis, as well as to demilitarise and denazify Ukraine. I would like to stress that Russia is acting to fulfil its obligations under bilateral agreements on cooperation and mutual assistance with the DPR and LPR, at the official request of Donetsk and Lugansk under Article 51 of the UN Charter on the right to self-defence.

The special military operation launched on February 24 is progressing strictly in accordance with the plan. All its goals will be achieved in spite of our opponents' counteractions. At the moment we are witnessing a classic case of double standards and hypocrisy of the Western establishment. By publicly supporting the Kiev regime, NATO member states are doing everything in their power to prevent the completion of the operation by reaching political agreements. Various weapons are flowing endlessly into Ukraine through Poland and other NATO countries. All of this is being done under the pretext of "fighting the invasion", but in fact the United States and the European Union intend to fight Russia "to the last Ukrainian." They do not care at all about the fate of Ukraine as an independent subject of international relations.

The West is ready to jeopardise the energy and food security of entire regions of the globe to satisfy its own geopolitical ambitions. What other explanation is there for the unrestrained flywheel of anti-Russian sanctions launched by the West with the start of the operation and which they aren't thinking of stopping?

If the United States and NATO are truly interested in settling the Ukrainian crisis, then, first, they must come to their senses and stop supplying weapons and ammunition to Kiev. The Ukrainian people do not need Stingers and Javelins; what they need is a solution to urgent humanitarian issues. Russia has been doing this since 2014. During this time, tens of thousands of tonnes of humanitarian cargo have been delivered to Donbass, and about 15,000 tonnes of humanitarian aid have already arrived in the part of Ukraine liberated from the Kiev regime, the DPR and the LPR, since the launch of the special military operation.

Second, it is essential that the Kiev regime stops cynical provocations, including in the information space. Ukrainian armed formations are barbarically shelling cities using civilians

as living shields. We saw examples of this in Donetsk and Kramatorsk. Captured Russian servicemen are being abused with animal cruelty, and these atrocities are being posted online. At the same time, they use their Western patrons and global media controlled by the West to accuse the Russian army of war crimes. As they say, laying the blame at somebody else's door.

It is high time for the West to stop unconditionally whitewashing and covering up for Kiev. Otherwise, Washington, Brussels and other Western capitals should consider their responsibility for complicity in the bloody crimes perpetrated by the Ukrainian nationalists.

Question: What measures has Russia taken to protect the lives and property of civilians? What efforts has it made to establish humanitarian corridors?

Sergey Lavrov: As I mentioned earlier, the special military operation is proceeding according to plan. Under this plan, the Russian military personnel are doing everything in their power to avoid victims among civilians. Blows are carried out with high-precision weapons, first of all at military infrastructure facilities and places where armoured vehicles are concentrated. Unlike the Ukrainian army and nationalist armed groups that use people as living shields, the Russian army provides the locals with all kinds of assistance and support.

Humanitarian corridors open daily from Kharkov and Mariupol to evacuate people from dangerous districts, but the Kiev regime demands that the "national battalions" in control of those areas do not release the civilians. Nevertheless, many are able to leave with the assistance of Russian, DPR and LPR servicemen. During the special military operation, the hotline of the Interdepartmental Coordination Headquarters of the Russian Federation for Humanitarian Response in Ukraine has received requests for assistance in evacuating 2.8 million people to Russia, including 16,000 foreign citizens and employees of UN and OSCE international missions. In total, 1.02 million people have been evacuated from Ukraine, the DPR and LPR, of which over 120,000 are citizens of third countries, including over 300 Chinese nationals. There are over 9,500 temporary accommodation facilities operating in Russian regions. They have space for rest and hot meals, and everything that may be necessary. Newly arrived refugees are provided with qualified medical and psychological assistance.

Russia is taking measures to ensure civilian navigation in the Black and Azov seas. A humanitarian corridor opens daily, a safe lane for ships. However, Ukraine continues to block foreign ships, creating a threat of shelling in its internal waters and territorial sea. Moreover, Ukrainian naval units have mined the shore, the ports and territorial waters. These explosive devices disconnect from their anchor lines and drift into the open sea, so they pose a serious danger to both the fleets and the port infrastructure of the Black Sea countries.

Question: Since the special military operation was launched in Ukraine, Western countries have adopted a large number of unprecedented sanctions against Moscow. How do you think these sanctions will affect Russia? What are the main countermeasures taken by Russia? Some say that a new Cold War has begun. How would you comment on that?

Sergey Lavrov: It is true that the special military operation was used by the collective West as a pretext to unleash numerous restrictions against Russia, as well as its legal entities and individuals. The United States, Great Britain, Canada and EU countries do not conceal that their goal is to strangle our economy by undermining its competitiveness and blocking Russia's progressive development. At the same time, the Western ruling circles are not embarrassed by the fact that anti-Russian sanctions are already beginning to harm ordinary

people in their own countries. I mean the declining economic trends in the United States and many European countries, including growing inflation and unemployment.

It is clear that there can be no excuse for this anti-Russian line and it has no future. As President Vladimir Putin said, Russia has withstood this unprecedented pressure. Now the situation is stabilising, though, of course, not all risks are behind us.

In any case, they will not succeed in weakening us. I am confident that we will restructure the economy and protect ourselves from our opponents' possible illegitimate and hostile actions in the future. We will continue to give a fitting and adequate response to the imposed restrictions, guided by the goal of maintaining the stability of the Russian economy and its financial system, as well as the interests of domestic businesses and the entire nation. We will focus our efforts on de-dollarisation, de-offshorisation, import substitution, and promotion of technological independence. We will continue to adapt to external challenges and step up development programmes for promising and competitive industries.

During the period of turbulence, our retaliatory special economic measures needed to ensure the normal functioning of the Russian economy will be continued and expanded. As a responsible player on the international market, Russia intends to continue scrupulously fulfilling its obligations under international contracts on export deliveries of agricultural products, fertilisers, energy carriers and other critical products. We are deeply concerned about a possible food crisis provoked by the anti-Russian sanctions, and we are well aware how important the deliveries of essential goods, such as food, are for the socioeconomic development of Asian, African, Latin American, and Middle Eastern countries.

I will be brief as regards the second part of your question. Today we are not talking about a new "cold war," but, as I said earlier, about the persistent desire to impose a US-centric model of the world order coming from Washington and its satellites, who imagine themselves to be "arbiters of humankind's fate." It has reached the point where the Western minority is trying to replace the UN-centric architecture and international law formed after World War II with their own "rule-based order." These rules are written by Washington and its allies and then imposed on the international community as binding.

We must realise that the United States has been carrying out this destructive policy for several decades now. It is enough to recall NATO's aggression against Yugoslavia, attacks on Iraq and Libya, attempts to destroy Syria, as well as the colour revolutions that Western capitals staged in a number of countries, including Ukraine. All of this came at the cost of hundreds of thousands of lives and resulted in chaos in various regions of the planet.

The West tries to crudely suppress those who carry out an independent course in their domestic and foreign policy. Not just Russia. We can see how bloc thinking is being imposed in the Asian-Pacific Region. We can recall the Indo-Pacific strategy promoted by the United States, which has a pronounced anti-China tendency. The US seeks to dictate the standards according to which Latin America should live, in the spirit of the outdated Monroe Doctrine. This explains many years of the illegal trade embargo on Cuba, sanctions against Venezuela, as well as attempts to undermine stability in Nicaragua and other countries. The pressure on Belarus continues in the same context. This list can go on.

It is clear that the collective West's efforts to oppose the natural course of history and solve its problems at the expense of others are doomed. Today the world has several decision-making centres; it is multipolar. We can see how quickly Asian, African, and Latin American countries are developing. Everyone is getting a real freedom of choice, including where it comes to choosing their development models and participation in integration projects. Our

special military operation in Ukraine also contributes to the process of freeing the world from the West's neocolonial oppression heavily mixed with racism and a complex of exceptionalism.

The faster the West accepts the new geopolitical situation, the better it will be for the West itself and for the entire international community.

As President Xi Jinping said at the Boao Forum for Asia, "We need to uphold the principle of indivisible security, build a balanced, effective and sustainable security architecture, and oppose the pursuit of one's own security at the cost of others' security."

Question: Russian-Ukrainian talks have attracted close attention of the international community. What are the main obstacles to the talks today? How do you regard the prospects of a peace treaty between the two parties? What kind of bilateral relations does Russia intend to have with Ukraine in the future?

Sergey Lavrov: At present the Russian and Ukrainian delegations are holding discussions on the possible draft almost daily, via videoconference. This document should contain such elements of the post-conflict situation as permanent neutrality, the non-nuclear, non-bloc and demilitarised status of Ukraine, as well as guarantees of its security. The agenda of the talks also includes denazification, recognition of the new geopolitical reality, the lifting of sanctions and the status of the Russian language, among other things. Settling the situation in Ukraine will make a significant contribution to the de-escalation of the military and political tensions in Europe and the world in general. The establishment of an institution of guarantor states is envisaged as a possible option. First of all, they will be the permanent members of the UN Security Council, including Russia and China. We share information on the progress in the talks with Chinese diplomats. We are grateful to Beijing and other BRICS partners for their balanced position on the Ukrainian issue.

We are in favour of continuing the talks, although the process is difficult.

You are right to ask about the obstacles. For example, they include the militant rhetoric and incendiary actions of Kiev's Western patrons. They are actually encouraging Kiev to "fight to the last Ukrainian," pumping the country with weapons and sending mercenaries there. Let me note that the Ukrainian security services staged a crude bloody provocation in Bucha with the help of the West, to complicate the negotiation process among other things.

I am confident that agreements can only be reached when Kiev starts to be guided by the interests of the Ukrainian people, and not the advisors from far away.

Speaking about Russian-Ukrainian relations, Russia is interested in a peaceful, free, neutral, prosperous and friendly Ukraine. Despite the current administration's anti-Russian course, we remember the many centuries of all-embracing cultural, spiritual, economic and family ties between Russians and Ukrainians. We will definitely restore these ties.